



Wenn Menschen Würde haben, weil sie nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, dann gilt das für alle Menschen. Foto: iStock/Rawpixel

Rechte für einen verwundbaren Menschen

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, verabschiedet am 10. Dezember 1948, war Antwort auf Unmenschlichkeit.

Niemand hätte sich im Jahr 1900 vorstellen können, was der Erste Weltkrieg bedeuten würde; niemand in den 1920er-Jahren, und hätte er auch den Versuch unternommen, sich das Allerschrecklichste auszumalen, was der jüdischen Bevölkerung Europas zustoßen könnte, hätte in den schlimmsten Albträumen ahnen können, was die 1940er-Jahre dann mit sich brachten. In diese ungeheuerlichen Wunden fällt die Menschenrechtserklärung, die von Würde und Gleichheit, Freiheit und dem Recht auf Schutz spricht. Hier werden dem verwundbaren Menschen aufgrund seines Menschseins Rechte zuerkannt, die ihm ein menschenwürdiges Leben sichern sollen. Dieses zentrale Anliegen wird in eine Form gegossen, die von Rechten, Ansprüchen und Rechtsfähigkeit spricht.

Geschenkt, nicht erworben

Diese Sprache von Rechten ist nicht die erste und auch nicht die letzte Sprache des Christentums: Am Anfang des christlichen Glaubens (und auch am Ende) steht die

Begegnung mit Jesus Christus. Christlicher Glaube ist Nachfolge Jesu; christlicher Glaube ist nicht zu reduzieren auf ein „Erfüllen von Gesetzen“. Es gibt kein Anrecht auf das Reich Gottes, keinen Rechtsanspruch auf Erlösung, keine gesetzlichen Regelungen für Heil. Das Reich Gottes kann nur gegeben, nicht genommen werden, nur geschenkt, nicht erworben. Begriffe wie „Gnade Gottes“ oder auch „Barmherzigkeit“ und „Vergebung“ können nicht in eine Sprache von „Recht“ und „Anspruch“ übersetzt werden. Hier klafft ein Graben.

Christinnen und Christen sind der Überzeugung, dass dieser Graben, der ja durch das besondere Verhältnis Gottes zu den Menschen bestimmt wird, die Würde des Menschen grundlegt. Menschen haben Würde, weil sie in Freiheit und Liebe nach dem Ebenbild Gottes geschaffen wurden und diese Ebenbildlichkeit

durch die Menschenwerdung Gottes in Jesus Christus eine neue Tiefe bekommen hat. Das ist eine schöne Geschichte, die natürlich nicht alle Menschen teilen. Aber wie der bekannte Rechtsphilosoph Jeremy Waldron bemerkte: Die Geschichte von der Ebenbildlichkeit Gottes ist zu kostbar, um nicht erzählt zu werden, auch in einer säkularen und pluralistischen Gesellschaft. Wenn Menschen Würde haben, weil sie nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, dann gilt das für alle Menschen. Es braucht alle Menschen – alle! –, um gut verstehen zu können, was „Ebenbild Gottes“ heißen könnte.

Das Christentum tut sich mit der Begründung der Menschenwürde leichter als die Vereinten Nationen. Wenn man den Text der Menschenrechtserklärung ansieht, wird man erkennen, dass die in dieser Erklärung aufgelisteten Menschenrechte im Begriff der Menschenwürde grundge-

legt werden; und man wird auch erkennen, dass die Menschenwürde selbst nicht begründet ist – mit anderen Worten: Die Menschenrechte haben sich zwar als kleinster gemeinsamer Nenner eines globalen Wertesystems herauskristallisiert, stehen aber – wie ein Koloss auf tönernen Füßen – auf zerbrechlichem Grund. Hier kann das Christentum zumindest eine Quelle für eine gewichtige „Hintergrundsprache“ sein. Das Neue Testament spricht zwar nicht von Menschenrechten, aber in der Endzeitrede des Matthäusevangeliums (Kapitel 25) finden sich Hinweise auf ein menschenwürdiges Leben, die eine Rechtssprache „vorbereiten“.

Kultur der Menschenwürde

Drei Abbiten sind aus christlicher Sicht aber jedenfalls zu leisten: Erstens der Umstand, dass die christliche Gemeinschaft keine systematischen Anstrengungen zur Aufhebung der Sklaverei unternommen hat (Der Brief des Apostels Paulus an Philemon wurde sogar zur Rechtfertigung der Sklaverei verwendet); zweitens die Tatsache, dass sich die katholische Kirche mit einigen Menschenrechten, vor allem der Religionsfreiheit, schwergetan hat. Noch in den 1950er-Jahren wurde der amerikanische Jesuit John Courtney Murray, der für die Freiheit der Religionsausübung eintrat, gemäßigelt; und drittens

die Demutgebende Erfahrung, dass die Menschenrechte durch die Kirche auch verletzt wurden und werden.

Und doch ist das Verhältnis von Christentum und Menschenrechten auf Nähe angelegt. Rodney Stark hat eine viel beachtete Studie über den Aufstieg des Christentums von einer bedeu-

THEMA DIESER
AUSGABE:

Gerechtigkeit und
Menschenrechte

tungslosen kleinen Sekte Mitte des ersten Jahrhunderts hin zur zahlenmäßig gewichtigen Religionsgemeinschaft Mitte des vierten Jahrhunderts verfasst; hier stellt er die menschenrechtsfreundliche Haltung des Christentums (Stellung der Frau, Verbot der Kindstötung, Bekenntnis zu Würde und Gleichheit) als einen Wachstumsfaktor der jungen Religion dar.

Es ist Auftrag für uns Christinnen und Christen heute, unseren Glauben auch als Wachstumsfaktor für eine Kultur von Menschenwürde und Menschenrechten spürbar werden zu lassen.

Clemens Sedmak
moment@diobk.at



Clemens Sedmak
ist Theologe und Philosoph und lehrt Sozialethik an der University of Notre Dame in Indiana (USA).

Foto: Diözese Innsbruck/Sigl

Gerechtigkeit in der Bibel

Christliche Gerechtigkeit ist mehr als das Befolgen von Gesetzen. Sie ist eine Haltung, die den Nächsten mit den Augen Gottes betrachtet und ihm wertschätzend begegnet.

Gerechtigkeit ist im Alten Testament ein zentrales Thema – insbesondere in der prophetischen Literatur. „Die Israeliten verstanden sich als Volk Gottes mit einem guten und gerechten Gesetz, das sie am Sinai erhalten hatten. Aber ihre Gesellschaft entwickelte sich anders“, referiert Boris Repschinski SJ, Professor am Institut für Bibelwissenschaften und Historische Theologie der Universität Innsbruck. Die Propheten zeigten einerseits auf den Anspruch der Gerechtigkeit im Gesetz und andererseits auf die Erfahrung der Ungerechtigkeit im konkreten Leben. Für sie ist Gerechtigkeit die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens nach der Art, wie Gott an den Menschen handelt.

Auch das Neue Testament kennt Menschen und Gemeinschaften, die Ungerechtigkeit erleben und trotz Verfolgung und Unterdrückung Hoffnung auf Befreiung durch Gott haben. Jesus wird zum Symbol der Überwindung von Ungerechtigkeit, zum Versprechen für die Hoffnung auf Gerechtigkeit. Der unschuldig hinggerichtete Jesus wird als der Auferstandene verehrt, der die Ungerechtigkeit endgültig überwindet.

Keine Unterschiede

„Auch Paulus lädt ein, Gerechtigkeit von Gott her zu denken, der Gnade, Erbarmen und



Boris Repschinski SJ ist Professor an der Theologischen Fakultät der Uni Innsbruck. Foto: Repschinski

Gerechtigkeit allen Menschen anbietet. Demnach dürfte es in Gemeinschaften keine Wertunterschiede im Sinne von besser, wertvoller, reicher geben“, so Repschinski. Nach Paulus geht es um ein Miteinander, das von der Liebe Gottes geprägt ist.

Könnte man bei all der Ungerechtigkeit in der Welt nicht resignieren und meinen, „das wird nie besser“? Oder sich gar auf das Jüngste Gericht und das Leben im Jenseits vertrösten lassen? Für Repschinski steckt die Anlage zur Ungerechtigkeit im menschlichen Wesen. Die Jerusalemer Urgemeinde in der Apostelgeschichte (Kap. 1–5) wird aber zu einem idealisierten Gegenbild: „Sie ist eine Herzengemeinschaft, die eines Sinnes ist und alle Güter miteinander teilt. Es wird eine Gemeinde gezeichnet, die Gottes Vision von gesellschaftlichem Zusammenleben veranschaulicht“, sagt Repschinski und ergänzt: „Paulus hatte einen entscheidenden Geistesblitz: Vor Gott gibt es Unterschiede wie Mann oder Frau, Jude oder Heide, Herr oder Sklave nicht mehr. Die Apostelgeschichte illustriert diese Einsicht mit der idealen Gemeinde in Jerusalem.“

Denkanstoß für die Politik

Gesellschaftliche Spannungen gab es damals wie heute, aber die Bibel zeigt, dass der christliche Glaube Konsequenzen für das Miteinander hat: „Gott geht mit den Menschen anders um, als wir das untereinander tun. Ihm zufolge hat jeder Mensch dieselbe Würde. Paulus ermahnt daher den Herren Philemon und seinen Sklaven Onesimus, sich auf Augenhöhe als Brüder in Christus zu begegnen. Heutzutage heißt das, dass kein Mensch durch Erfolg oder Geld ein besserer ist. Diese Einsicht fehlt aber leider unserer Politik, wenn sie zum Beispiel Sozialleistungen kürzt“, meint Repschinski: „Denken wir den Wert eines Menschen von Gott her, ist dieser nicht verhandelbar. Diese Einstellung, wie man wertschätzend Mitmenschen begegnet und Konflikte auflöst, hätte eine Konsequenz für die heißen politischen Themen unserer Zeit wie Migration oder ‚America first‘. Gerechtigkeit in den Augen Gottes bedeutet außerdem die Verpflichtung zu menschlicher Solidarität.“

Daniela Pfennig
daniela@pfennig.at



Gerechtigkeit als das ewige Ringen um Ausgleich zwischen Gleichen und Ungleichen.

Foto: iStock/Andy Nowack

Keine Insel der Seligen

Geld und Gerechtigkeit, faire Löhne und das bedingungslose Grundeinkommen: Caritas-Direktor Georg Schärmer im Gespräch.

Was ist Gerechtigkeit?

Georg Schärmer: Gerechtigkeit ist für mich das ewige Ringen um Ausgleich zwischen Gleichen und Ungleichen, ohne der Versuchung der Gleichmacherei und Gleichgültigkeit anheimzufallen. Das ist unter anderem höchste Staatskunst.

Geht es in Tirol gerecht zu?

Georg Schärmer: Tirol ist keine Insel der Seligen. Das Recht wird jeden Tag mehrfach gebrochen; auch von jenen, die die Verantwortung dafür tragen, es zu schaffen und zu sichern.

Wie können gerechtere Strukturen entwickelt und umgesetzt werden?

Georg Schärmer: Vorerst durch breite Bewusstseinsbildung, dass grobe Ungerechtigkeiten früher oder später zu sozialen Unruhen und Destabilisierung des Gemeinwesens, der Gesellschaft führen. Wer Frieden will, schafft Gerechtigkeit. Wer aus Machtinteressen den gesellschaftlichen Spalt, Neid und



Georg Schärmer ist seit 1998 Direktor der Caritas Tirol.

Foto: Gerhard Berger

Missgunst vorantreibt, zerstört Land und Menschen.

Miteinem Einkommen unterhalb der Armutgefährdungsschwelle müssen in Tirol etwa 8,9 Prozent der Erwerbstätigen leben. Wie kann man gegen solche Missstände vorgehen?

Georg Schärmer: Durch faire Löhne und eine gerechtere Steuergesetzgebung, die nicht nur den Faktor Arbeit belastet, und durch ressortübergreifende Maßnahmen, die ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglichen.

Als erhöht armutgefährdet gelten Menschen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben.

Wie könnte man dagegenwirken?

Georg Schärmer: Besonders betroffen sind davon die Frauen. Ihre reduzierten Pensionsansprüche durch lange innerfamiliäre Betreuungszeiten müssen kompensiert werden. Durchgängiges Pensionssplitting für alle Paare, Anrechenbarkeit der Kinderbetreuungszeiten, flexible Arbeits- und Beschäftigungsmodelle sind nur einige Maßnahmen eines breiten Bündels.

Glauben Sie, dass das Bedingungslose Grundeinkommen die Lösung für die Armutbekämpfung in Österreich wäre?

Georg Schärmer: Ohne Grundeinkommen wird es in Zukunft wohl nicht gehen. Mit der Bedingungslosigkeit tue ich mich schwer. Der Mensch braucht Arbeit und Beschäftigung, braucht das Gefühl, gebraucht zu werden, mitwirken zu können. In diesen Sektor muss der Staat investieren; auch wenn dieser Weg eher zu einer Kostensteigerung führen wird. Auszahlen allein ist zu billig und entspricht nicht dem Grundbedürfnis des Menschen, ein wertvolles und unverzichtbares Mitglied der Gesellschaft zu sein. Teilhabe ist wichtig; Teil-Gabe genauso.

Isabella Oberortner
isabella.oberortner@gmail.com

TIPPS UND TERMINE

Vorträge, Meditation, Adventsingen

Innsbruck. Demokratie – wieder der Rede wert. Unter diesem Titel eröffnet ein Seminar mit der Soziologin Katharina Novy Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Demokratie. 24. November, 9 bis 17 Uhr, Haus der Begegnung.

Lienz. In der Reihe „Lebensbilder“ stellen Gäste aus Tansania Projekte vor, die auch durch die Adventsammlung „Bruder und Schwester in Not“ unterstützt werden. Am Dienstag, 27. November, um 19.30 Uhr im Bildungshaus Osttirol.

Innsbruck. Vom 28. bis 30. November sind in Tirol Filme zu

sehen, die das Menschenrecht auf Nahrung zum Thema haben und sich kritisch mit der Agrar- und Lebensmittelindustrie auseinandersetzen.

Die Filme: Kein Fluss und kein Meer (Die Bäckerei, 28. November, Beginn um 19 Uhr); Rotes Gold (Leokino, 29. November, Beginn um 17.50 Uhr); Das Grüne Gold (Hotel Tipotsch, Stumm, 30. November, Beginn um 20 Uhr).

Zell am Ziller. „Das FATIMA-Jahrhundert. Greift Gott noch heute in die Geschichte ein?“ KBW, Samstag, 24. November, Beginn 19.30 Uhr, Marktgemeindeamt

Zell am Ziller, Referent ist Michael Hesemann.

Kufstein – Endach: „Vorsorgevollmacht – Selbstbestimmung statt Entmündigung!“, im Frauentreff, Dienstag, 27. November, 8.30 Uhr, Pfarrzentrum Kufstein-Endach, Referentin: Angelika Brugger.

Angath: „Versöhnt(er) leben lernen. In inneren und äußeren Frieden kommen“, im Frauentreff Angath-Angerberg-Mariastein, Dienstag, 11. Dezember, 8.15 Uhr, Gemeindefaal Angath, Referent: Albert Pichler.



Moment

23. November 2018 – Sonderbeilage

Gründungsherausgeber: Komm.-Rat Joseph S. Moser, April 1993†; Herausgeber: Gesellschafterversammlung der Moser Holding AG; Medieninhaber (Verleger): Schlüsselverlag J. S. Moser GmbH.; Hersteller: Intergraphik GmbH;

Sonderpublikationen, Leitung: Frank Tschoner; Redaktionelle Koordination: Karin Bauer, Christa Hofer; Redaktion: Karin Bauer, Walter Hölbling, Claudia Höckner-Pernkopf, Christa Hofer, Wolfgang Kumpfmüller, Isabella Oberortner, Daniela Pfennig, Lisa Schweiger-Genslückner, Clemens Sedmak, Kurt Sonneck.

Diözese Innsbruck, Abteilung ÖA: Karin Bauer. Erzdiözese Salzburg, Amt für Kommunikation: Kurt Sonneck.

Anschrift für alle: Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck, Postfach 578, Tel. 0 512/53 54-0, Fax 0 512/53 54-3577. moment@idibk.at



Nächstenliebe geht auch durch den Magen

Der Vinzibus fährt 365 Tage im Jahr seine Runden, um Bedürftigen eine warme Mahlzeit zu ermöglichen.

Für mich ist es eine der edelsten Gelegenheiten, in Not geratenen Menschen helfen zu können, weil ich Hunger und Durst als größeres Leid empfinde, als kurzfristig kein Dach über dem Kopf zu haben oder in finanzieller Not zu sein“, veranschaulicht Obmann Helmut Baur die Arbeit für den Vinzibus. Mit ihm und Silvia, eine der vielen Freiwilligen, die beim Vinzibus arbeiten, beginnen wir die heutige Runde um 17.30 Uhr, indem wir das Essen vom Nothburgaheim abholen. Das Essen ist immer warm und es gibt jeden Tag etwas anderes, bezahlt wird es von der Vinzibuzgemeinschaft. „Das Brot wird vom Baguette zur Verfügung gestellt, meistens gibt es auch noch was Süßes dazu, worüber sich ihre Kunden immer besonders freuen“, erzählt Silvia.

Start in St. Paulus

Unsere erste Station ist um 18 Uhr in St. Paulus. Als wir vorgehen, warten schon einige Hungrige, dann geht alles sehr schnell und jeder Handgriff sitzt: Die Bedürftigen helfen den Tisch aufzustellen, Silvia und Helmut sind ein eingespieltes Team, jeder stellt sich an, es gibt keine Drängelei, dafür hört man „Bitte“

und „Danke“. Helmut Baur erklärt, dass jeder kommen kann, auch im Anzug, über das Warum wird nicht nachgefragt. Manche kommen auch mit Behältern, weil sie die Mahlzeit lieber mit nach Hause nehmen. Nachdem alle satt sind, wird wieder eingepackt und weiter geht es um 18.30 Uhr zur Wolfgangstube des Kapuzinerklosters. Diese bietet die Möglichkeit, gemeinsam an einem Tisch zu essen. Gerade auf so engem Raum ist es umso wichtiger, dass sich jeder geduldig in einer Reihe anstellt und auf den anderen Rücksicht nimmt. Es scheint sogar selbstverständlich, dass alle den Raum wieder sauber und aufgeräumt hinterlassen. Der letzte Stopp des Abends ist am Marktplatz um 19 Uhr. Für viele Obdachlose der Stadt ist das der Fixpunkt des Tages. Aber auch andere Personen, die von der Mindestsicherung leben oder bei denen die Pension nicht ausreicht, sind Gast beim Vinzibus. Der Obmann erklärt, dass es oft der öffentliche Stellplatz ist, der Leute daran hindert, zu kommen, denn das Gefühl der Schande scheint oft eine Hürde darzustellen, doch dem versuchen die freiwilligen Helfer mit Feingefühl und Empathie entgegenzuwirken.

Zahlreiche Freiwillige

Die Idee des „VINZIBUS“, den Obdachlosen auf der Straße am Abend ein Nachtstuhl zu bringen, wurde 1991 in Graz von der Vinzibuzgemeinschaft geboren. Diese verzichten auf fixe Räumlichkeiten und Angestellte und



Silvia und Obmann Helmut Baur vor dem Vinzibus. Spenden für den Vinzibus sind jederzeit willkommen (Spendenkonto St. Vinzenz, IBAN: AT60 4239 0000 1000 6923).

Foto: Isabella Oberortner

finanzieren sich fast ausschließlich über Spenden. In Innsbruck startete die Vinzibuzgemeinschaft in Zusammenarbeit mit der Caritas am 3. November 2004 diese Aktion. Die Ausfahrt übernehmen zahlreiche freiwillige HelferInnen. Diesen – von Hausfrauen und Pensionisten bis hin zu Akademikern, Schützen und Studierenden – ist ein respektvoller Umgang sehr wichtig. Das

ganze Projekt wird prinzipiell mit viel Fürsorge und Hingabe organisiert. Denn was nie vergessen wird: Hinter jedem Betroffenen steht ein Einzelschicksal, das dazu geführt hat, dass er oder sie jetzt hier im Freien steht und auf eine Mahlzeit und Nächstenliebe angewiesen ist.

Isabella Oberortner
isabella.oberortner@gmail.com

Vom Romero-Preis bis zur Aktion „ArMut teilen“

Es ist unmöglich, hier alle Initiativen aufzuzählen, die kirchliche Einrichtungen, die Katholische Aktion mit ihren Gliederungen und einzelne Pfarren in den Diözesen Salzburg und Innsbruck für Menschenrechte und mehr Gerechtigkeit setzen. Stellvertretend seien ein paar Aktionen erwähnt.

Aktion „ArMut teilen“

Was vor acht Jahren in der Salzburger Pfarre Mülln unter dem Motto „ArMut teilen“ begann, wird mittlerweile in zehn Pfarren der Stadt Salzburg durchgeführt: Einmal im Jahr im November gibt es einen Umverteilungstag: In den Pfarrhöfen hören sich von 9 bis 12 Uhr kompetente MitarbeiterInnen die (finanziellen) Nöte Betroffener an. Gleichzeitig können Spenden abgegeben werden. Im Vorjahr erhielten so an diesem Tag mehr als 1300 Bedürftige insgesamt mehr als 80.000 Euro.

38 Jahre Romero-Preis

Als wichtigste Auszeichnung

Österreichs für Personen, die sich für Menschenrechte und Gerechtigkeit einsetzen, gilt seit 1980 der Romero-Preis der Katholischen Männerbewegung (KMB). Der kürzlich heiliggesprochene Erzbischof Oscar Romero aus San Salvador ist der Namensgeber. Unter den Preisträgern aus aller Welt befinden sich Bischof Erwin Kräutler und Waris Dirie. Heuer wurde der Preis Francisco San Martin aus Peru überreicht. Er hat Tausende Menschen aus Armut befreit und ihnen Arbeit, nachhaltiges Einkommen und ein Leben in Würde ermöglicht.

Sozialmärkte

Die Caritas und andere Sozialorganisationen betreiben in Tirol sogenannte Sozialmärkte (carla-Läden). Durch günstige Einkäufe haben armutsgefährdete Menschen mit geringem Einkommen die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und so am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Einkaufen kann man mit einem Ausweis, der über Antrag in der jeweiligen Einrichtung ausgestellt wird.



Heidi Rißlegger leitet das Regionalzentrum der Caritas und den carla-Laden in Wörgl.

Foto: Caritas Salzburg

Seit der erste Tiroler Sozialmarkt in Innsbruck 2005 eröffnet wurde, unterstützt die Supermarktkette MPreis diese Läden mit kostenlosen Lebensmitteln (Hall, Schwaz – Barbara-Laden –, St. Johann, Lienz, Imst, Landeck und Reutte).

Beim Verein Barbara-Laden in Schwaz ist Monika Geiger die Projektleiterin, ein Team von Eh-

renamtlichen hilft mit. Schulklassen sammeln Lebensmittel und bringen diese in den Laden. Heidi Rißlegger leitet den carla-Laden und das Regionalzentrum der Caritas der Erzdiözese Salzburg im Tagungshaus Wörgl, Brixentaler Straße 5: „Wir beraten unbürokratisch und helfen, wo es nötig ist.“ Bereits zehn Jahre besteht der carla-Laden in St. Johann, Fieberbrunner Straße 10.

Vinzibuzgemeinschaften

Die Vinzibuzgemeinschaften kümmern sich um Mitmenschen in seelischer oder materieller Not. Sie arbeiten mit Pfarren, Caritas sowie Sozial- und Gesundheitssprengeln zusammen. In Tirol bestehen mehr als 70 Vinzibuzgemeinschaften mit rund 600 Mitgliedern. In Innsbruck und Salzburg versorgt der „Vinzibus“ Obdachlose täglich mit warmem Essen (siehe Beitrag auf dieser Seite).

Wolfgang Kumpfmüller
wolfgang.kumpfmuller@komm.kirchen.net

HINTERGRUND

65 Jahre mit eigener Dynamik

Die „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ wurde im Rahmen des Europarats als „Konvention Nr. 005“ ausgearbeitet. Sie war mit ihrer am 4. November 1950 in Rom erfolgten Unterzeichnung eine der ersten Konventionen des Europarats und ist bis heute wohl seine wichtigste und bedeutendste. Am 3. September 1953 trat sie in Kraft.

Die Europäische Menschenrechtskonvention ist eine Konvention des Europarats und kann – als „geschlossene Konvention“ – auch nur von Mitgliedsstaaten des Europarats unterzeichnet werden. Bis heute haben – bis auf Weißrussland und den Vatikanstaat – alle europäischen Staaten die Konvention unterzeichnet und ratifiziert. In den 65 Jahren ihres Bestehens entwickelte sich eine gewisse Eigendynamik, die dazu führte, dass insbesondere nach der friedlichen Revolution in den Ländern Ost- und Mitteleuropas in den 1990er-Jahren die Bereitschaft zur Ratifikation der Menschenrechtskonvention regelmäßig als *conditio sine qua non* für den Beitritt eines Staates zum Europarat angesehen wurde. Gleichzeitig wurde die Europäische Konvention durch Zusatzprotokolle um weitere explizite Menschenrechte erweitert.

Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (European Court of Human Rights), EGMR, hat seinen Sitz in Straßburg. Er sollte nicht mit dem höchsten Gericht der Europäischen Union, dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, verwechselt werden. Als Organ des Europarats ist dieses internationale Gericht in der Menschenrechtskonvention verankert und wurde 1959 gegründet.

Der Gerichtshof kann angerufen werden, wenn Grundrechte und Menschenrechte verletzt worden sind. Derzeit sind 47 Richter hauptberuflich für eine Amtszeit von neun Jahren hier tätig.

16.000 Urteile

Zum Einlegen einer Beschwerde ist kein Rechtsanwalt vorgeschrieben. Allerdings wird ein Anwalt benötigt, sobald die Beschwerde der Regierung des betroffenen Staates zugestellt worden ist. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Ein Verfahren ist kostenfrei; wer eine Beschwerde einlegt, trägt nur seine eigenen Kosten. Seit Gründung des Europäischen Gerichtshofs 1959 ist es zu mehr als 16.000 Urteilen gekommen, von denen ungefähr die Hälfte auf fünf Mitgliedsstaaten verteilt sind: Türkei, Italien, die Russische Föderation, Polen und Rumänien.

Wolfgang Kumpfmüller
wolfgang.kumpfmuller@komm.kirchen.net



Mit dem Begriff „Menschenrechte“ können die meisten zwar etwas anfangen, aber eine spezifische Vorstellung, was dahintersteckt, haben nur wenige.

Foto: iStock/suteishi

„Nicht zufällig habe ich diesen Job gewählt“

Ein Gespräch mit Reinhard Klaushofer über die Bedeutung der Menschenrechte im Alltag, wie sie wahrgenommen und gelebt werden.

Wie sind die Menschenrechte in unseren Köpfen verankert? Kann die österreichische Bevölkerung mit dem Begriff etwas anfangen?

Reinhard Klaushofer: Die Menschenrechte sind als Begriff in den Köpfen der Menschen hierzulande nicht verankert. Die meisten können zwar damit etwas anfangen, haben aber keine spezifische Vorstellung. Das heißt, sie verbinden damit eine gewisse Haltung in Bezug auf die Würde des Menschen, dass man sich gegenseitig mit Respekt begegnet oder aufeinander Rücksicht nimmt, aber was das auf der rechtlichen Ebene bedeutet oder wie verbindlich die Menschenrechte sind, wissen nur die wenigsten. Auch beim Strafrecht ist nur das Recht auf eine Anhörung oder ein faires Verfahren bekannt, nicht aber, dass das in den Menschenrechten festgeschrieben ist. Genauso wenig ist das Recht auf eine gesunde Umwelt bewusst.

Sind die Menschenrechte bei uns eine scheinbare Selbstverständlichkeit?

Reinhard Klaushofer: Ja. Sie werden in unserem Umfeld sicher nicht genug wertgeschätzt. Der Grund dafür ist, dass wir in Österreich oder Mitteleuropa zu wenig mit den Existenzrechten, die die Menschenrechte vor allem

zu schützen versuchen, konfrontiert sind. Ich beobachte zwar, dass das Bewusstsein aufgrund der jüngeren politischen Bewegungen und der zunehmenden Politisierung, die ich grundsätzlich für gut und wichtig erachte, stärker geworden ist. Aber: Unserer Gesellschaft fehlen Inhalte und Begründungen. Stattdessen steht in Wahlkämpfen die „Strategie der Emotion“, die schnell Liebe, aber auch Hass auslösen kann, im Mittelpunkt. Das Paradebeispiel dafür war der amerikanische Wahlkampf. Aber auch in Europa punkten mehr und mehr Parteien mit Emotionen statt mit Inhalten und Argumenten. Denkt man das weltweit, wird diese politische Unkultur zur großen Gefahr und das beschäftigt mich sehr, da dadurch zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung eingeschränkt und Pluralität als Gefahr und nicht als Wert wahrgenommen werden.

Wie gehen wir vor diesem Hintergrund im Alltag mit den Menschenrechten um?

Reinhard Klaushofer: Es macht

einen Unterschied, ob wir persönlich betroffen sind oder nicht, also ob man diese auf der Mikro- oder der Makroebene betrachtet. Generell schreien bei „Migration“ und „Flüchtlinge“ alle auf, andererseits treten ganze Gemeinden für das Bleiberecht von Migranten ein. Oder auch bei der Kürzung der Sozialleistungen sind 90 Prozent der Österreicher dafür, weil sie dabei in erster Linie an Ausländer denken. Erhalten sie jedoch mehr Informationen und wird ihnen bewusst, dass davon auch Österreicher betroffen sind, sieht die Sache wieder anders aus.

Woran liegt das?

Reinhard Klaushofer: Das Problem in Österreich ist, dass man nicht offen diskutieren kann, weil man sofort in ein politisches Lager geschoben wird. Das ist kein Vorwurf an die Bevölkerung, sondern an die mangelnde Aufklärung, da die Politik zu wenige Begründungen liefert, um die Zusammenhänge zu verstehen. Außerdem bräuchte es eine inhaltsreichere und teilweise kritischere Medienlandschaft.

Müssen wir uns noch für die Menschenrechte starkmachen?

Reinhard Klaushofer: Auf jeden Fall. Nicht zufällig habe ich einen Job gewählt, in dem ich mich für die Menschenrechte einsetze. Natürlich wäre der Idealzustand, dass wir das nicht mehr müssen, aber unzählige aktuelle Beispiele sprechen dagegen.

Welche Erfahrungen haben Sie im Einsatz für die Menschenrechte gemacht?

Reinhard Klaushofer: Ich persönlich nehme immer noch die Position eines Außenseiters ein, denn besonders anerkannt wird die Gesellschaft nicht. Vielmehr ist man ein störrischer Zeitgenosse. Das liegt vielleicht auch daran, dass die Österreicher generell keine großen Revolutionäre sind und – wenn überhaupt – eher leise für etwas kämpfen.

Für welche Menschenrechte ist ein öffentliches Eintreten aktuell besonders wichtig?

Reinhard Klaushofer: Für das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, da diese Ausdruck von gemeinschaftlicher Solidarität sind und auch vor Ort Menschen zusammenführen. Es bleibt wichtig, dass die Medien die Diskussion um Menschenrechte immer wieder – durchaus kritischer – aufgreifen, in Schulen die Bedeutung der Menschenrechte regelmäßig thematisiert wird und sich viele solidarische Menschen tagtäglich für sie engagieren.

Was bedeuten die Menschenrechte im Kontext des aktuellen Rechtsrucks?

Reinhard Klaushofer: Sie

sind die Säule der Pluralität, ein Mahnmal gegen Ausgrenzung und schützen die Menschenwürde. In Österreich vermisste ich den Blick hinter die Kulissen. Ein einheitlicher Regierungssprecher oder die aktuelle Diskussion um die Krankenkassen zum Beispiel spiegeln Zentralisierungstendenzen und Machtkonzentration wider. Das ist in mehreren Staaten Europas mit Sorge zu beobachten und hat gerade zum Schutz der Demokratie und Menschenrechte bereits zu Reaktionen seitens der EU geführt.

„Der Idealzustand wäre, dass wir uns nicht mehr für die Menschenrechte einsetzen müssen, aber viele Beispiele sprechen dagegen.“

Reinhard Klaushofer

Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Reinhard Klaushofer: Es ist auf jeden Fall nötig, mehr in die Bildung, vor allem die digitale Medienbildung, zu investieren, damit die junge Generation durch Aufklärung zum kritischen Hinterfragen befähigt wird. Wir haben aber auch in Bezug auf die Inklusion von behinderten Menschen noch viele Schritte vor uns, auch wenn sich hier in den vergangenen Jahren einiges getan hat.

Das Interview führte Daniela Pfennig, daniela@pfennig.at



Foto: Universität Salzburg

Reinhard Klaushofer ist Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Universität Salzburg und Leiter des Österreichischen Instituts für Menschenrechte.